



Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG

Leipzig

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG (im Folgenden auch SSG genannt) bietet in ihren SPIELBANKEN in Leipzig, Dresden und Chemnitz das elektronische Spiel (Automatenspiel) an. Zusätzlich bietet die SSG seit dem 17. Januar 2023 als erster staatlicher Anbieter ein eigenes Angebot für das virtuelle Automatenspiel in Deutschland an.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Bundesrepublik Deutschland sank nach Angaben des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorjahr um 0,3 %. Im Freistaat Sachsen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,6 %.

Im Oktober 2020 wurde der Glücksspielstaatsvertrag 2021 (Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland) durch die Ministerpräsidenten der Länder unterzeichnet. Nach Bestätigung durch die Länderparlamente zum 1. Juli 2021 ist er in Kraft getreten und wird bis Ende 2028 gelten.

Er sieht u.a. die Legalisierung von Glücksspiel im Internet und die Schaffung einer zentralen Glücksspielbehörde vor.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr maßgeblich durch das Gesetz zur Ausführung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Freistaat Sachsen (gültig ab 31. März 2023) und das Gesetz über Spielbanken- und Online-Casinospiele im Freistaat Sachsen (gültig ab 31. März 2023) beeinflusst. Von prägender Bedeutung für die Ertragslage ist hierbei insbesondere die mit dieser Gesetzgebung implementierte Abführung einer Abgabe an den Freistaat Sachsen auf den Gewinn der terrestrischen Spielbanken.

Das geplante Ergebnisziel für das Geschäftsjahr 2023 konnte vor allem aufgrund des negativen Ergebnisses im virtuellen Automatenspiel nicht erreicht werden.

Im terrestrischen Umfeld sah sich die SSG primär den Merkur Spielbanken in Leuna-Günthersdorf und Halle (westlich von Leipzig/Bundesland Sachsen-Anhalt) sowie den gewerblichen Anbietern in deutschen Spielhallen und deren Online-Angeboten als unmittelbare Wettbewerber gegenüber.

Insbesondere im virtuellen Automatenspiel sieht sich die Gesellschaft bundesweit legalisierten und in noch größerer Anzahl den illegalen Glücksspielangeboten als direkter Wettbewerber gegenübergestellt.

2. Lage des Unternehmens

a) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen stieg gegenüber dem Vorjahr um 3.583 TEUR.

Der Anteil des mittel- und langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich um 212 TEUR vermindert.

Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden insgesamt in Höhe von 606 TEUR getätigt. Diese wurden durch Eigenkapital finanziert.

Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens erhöhte sich um 3.760 TEUR. Diese Erhöhung basiert hauptsächlich auf der Zunahme der liquiden Mittel um 3.382 TEUR.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 35 TEUR.



Das Eigenkapital der Gesellschaft verminderte sich aufgrund der Gewinnausschüttung in Höhe von 2.500 TEUR und des Jahresfehlbetrages in Höhe von 1.754 TEUR auf 19.977 TEUR.

Die Rückstellungen haben insbesondere aufgrund von Steuerrückstellungen um 7.526 TEUR zugenommen. Die Steuerrückstellungen (7.557 TEUR) betreffen die ab dem Jahr 2023 gemäß § 13 Sächsische Spielbankengesetz (SächsSpielbG) abzuführende Abgabe an den Freistaat Sachsen auf den Gewinn der terrestrischen Spielbanken.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt damit zum Abschlussstichtag 67,6 % (Vorjahr: 93,4 %) des Gesamtkapitals.

b) Finanzlage

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Finanzmanagement der SSG ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

in TEUR	2023	2022
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	6.219	7.483
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-337	-903
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.500	0
Veränderung des Finanzmittelfonds	3.382	6.580
Finanzmittelbestand am 01.01.	22.807	16.227
Finanzmittelbestand am 31.12.	26.189	22.807

Aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 6.219 TEUR (Vorjahr: 7.483 TEUR) konnte der Finanzierungsbedarf für Investitionen in das Anlagevermögen (606 TEUR) sowie der Zahlungsmittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (2.500 TEUR) vollständig gedeckt werden.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit resultiert aus dem Finanzierungsbedarf für Investitionen in das Anlagevermögen (606 TEUR) abzüglich der erhaltenen Zinsen (269 TEUR).

Aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich aufgrund der Finanzmittelabflüsse aus der Gewinnausschüttung an den Gesellschafter ein negativer Cashflow in Höhe von 2.500 TEUR.

Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der Finanzmittelfonds um 3.382 TEUR auf 26.189 TEUR.

Vom Finanzmittelbestand sind 5.000 TEUR als Sicherheit für eine seitens eines Kreditinstituts ausgereichte Bürgschaft verpfändet. Diese Bürgschaft dient der Sicherstellung aller Auszahlungsansprüche der Spieler und zur Sicherung von staatlichen Zahlungsansprüchen nach § 4c Abs. 3 GlüStV 2021 gegen die SSG.

c) Ertragslage

Die von der Sächsischen Spielbanken-GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 2023 erzielten Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 9.311 TEUR erhöht. Dies ist primär auf die Einführung des virtuellen Automatenspiels im Januar 2023 zurückzuführen. Hierdurch wurden im Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 7.337 TEUR erzielt. Zudem haben sich parallel dazu die Umsatzerlöse im terrestrischen Spielbankbetrieb in 2023 um 1.974 TEUR erhöht.

Mit dem virtuellen Automatenspiel sind Aufwendungen aus dem Spielgeschäft in Höhe von 7.003 TEUR entstanden (hauptsächlich Gewinnausschüttungen an die Kunden).

Der Personalaufwand stieg um 456 TEUR, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass sich Tarifsteigerungen und der Aufbau von Personalkapazitäten im Bereich des virtuellen Automatenspiels (DIE SPIELBANK) erstmals ganzjährig auswirkten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2.481 TEUR auf 6.726 TEUR. Maßgeblich für die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr waren vor allem höhere Aufwendungen im Marketingbereich, die hauptsächlich mit der Einführung des virtuellen Automatenspiels im Zusammenhang stehen. Zudem sind insbesondere die Raumkosten, die Kosten des Geldverkehrs sowie die Aufwendungen aus dem Dienstleistungsvertrag mit der Sächsische Lotto-GmbH angestiegen.

Mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten erhöhte sich das Finanzergebnis um 314 TEUR. Es wurden Zinserträge in Höhe von 271 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) erzielt. Die Zinsaufwendungen nahmen um 43 TEUR ab.

Die Ertragsteuern betreffen im Wesentlichen die Gewinnabgabe gemäß § 13 SächsSpielbG, die ab dem Jahr 2023 für den terrestrischen Spielbankbetrieb abzuführen ist.



Die Gesellschaft weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.754 TEUR (Vorjahr: Jahresüberschuss in Höhe von 6.161 TEUR) aus. Nach einem insgesamt positiven Ergebnis basierend aus der Geschäftstätigkeit der terrestrischen Spielbanken (9.202 TEUR) und des im Geschäftsjahr neu eingeführten virtuellen Automatenspiels (-3.396 TEUR) in Höhe von 5.806 TEUR (Vorjahr: 6.161 TEUR) mindern Ertragsteuern in Höhe von TEUR 7.560 (Vorjahr: 0 TEUR) das Jahresergebnis. Die Ertragsteuern beinhalten fast ausschließlich die Gewinnabgabe an den Freistaat Sachsen in Höhe von 7.557 TEUR.

3. Voraussichtliche Entwicklung sowie Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan 2024 wurde durch den Gesellschafterbeschluss vom 20. Dezember 2023 vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen genehmigt.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft in 2024 wird vor allem bei den terrestrischen Spielbanken entscheidend durch die Energiekostenentwicklung sowie deren Auswirkungen auf andere Aufwandspositionen, die Gehaltsentwicklung aufgrund der Tarifabschlüsse in 2023 und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beeinflusst.

Einen weiteren bedeutsamen Einfluss auf die Lage der Gesellschaft hat die Entwicklung des virtuellen Automatenspiels und deren zukünftige rechtliche Ausgestaltung.

Weitere wichtige Einflussfaktoren auf die künftige Entwicklung sind:

- die Konkurrenzsituation durch die Merkur Spielbank Leuna-Günthersdorf, der Betrieb der Merkur Spielbank Halle), den gewerblichen Anbietern in deutschen Spielhallen und deren Online-Angeboten und
- das Agieren von legalen und illegalen Glücksspielanbietern im Internet.

Auf Basis des erfolgreichen terrestrischen Angebotes beeinflusst die Höhe der Spielbank- und Gewinnabgabe direkt den gesamten unternehmerischen Erfolg.

In Anbetracht der aufgezeigten Entwicklungen wird für das Geschäftsjahr 2024 derzeit von einem Jahresverlust in Höhe von 1.584 TEUR (nach Gewinnabgabe und Steuern) ausgegangen. Dies beruht im Wesentlichen aus Verlusten aus dem Einstieg in den Online-Bereich. Die Überschüsse aus den Spielbanken werden um die Gewinnabgabe geschmälert und können somit diesen Verlust nicht kompensieren. Für die Geschäftsjahre 2025 bis 2028 sieht die Mittelfristplanung eine Verbesserung des Onlinegeschäftes vor und damit einhergehend jeweils positivere Jahresergebnisse.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen beglichen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Sächsischen Spielbanken-GmbH & Co. KG ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeder Art.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Die Liquiditätslage der Sächsischen Spielbanken-GmbH & Co. KG ist gut, Engpässe sind nicht zu erwarten.

Die Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG verfügt über ein Risikomanagementsystem, das alle Risiken, die die Ziele und Strategien des Unternehmens gefährden könnten, laufend überwacht, bewertet und Gegensteuerungen ermöglicht.

Auf Basis des Risikohandbuchs der SSG „Betrugshandlung von Mitarbeitern, Kunden und Dritten“ werden monatlich pro Standort folgende kontinuierliche Prüfungsmaßnahmen vorgenommen:

- Prüfung vom System gemeldeter Audits
- Prüfung von Zählerdifferenzen
- Prüfung von Zählerkorrekturen
- Prüfung von Änderungen der Automatenkonfiguration im System
- Prüfung von Änderungen der Konfiguration der Jackpotanlagen im System
- Prüfung von Kassentransaktionen über die Konten "Sonstiges", "Testspiel", "Kulanzzahlung" und "Manuelles Handpay"
- Prüfung von Manko und Überschuss bei Kassenabschluss (Meldung und Buchung)
- Prüfung auf Abweichung der Kassenbestände zwischen Abschluss und Eröffnung zweier Schichten
- Videoeinsicht bei Großgewinnen (ab 10.000,00 EUR)
- ggf. Fallprüfung bei Unstimmigkeiten oder Verdachtsfällen.

Dokumentiert wird das Ganze im Revisionshandbuch und den Revisionsberichten, welche der Geschäftsführung kontinuierlich zur Verfügung gestellt werden.

Je nach Risiko erfolgt eine routinemäßige Meldung an den Aufsichtsrat, zunächst vierteljährlich, in besonderen Fällen ad hoc.

Der Fortbestand der Sächsischen Spielbanken-GmbH & Co. KG ist zurzeit weder unter Substanz- noch unter Liquiditätsaspekten gefährdet.

Leipzig, den 17. Mai 2024

Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG

Sächsische Spielbankenbeteiligungs-GmbH, Leipzig

vertreten durch den Geschäftsführer Frank Schwarz

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva		
	31.12.2023	Vorjahr
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	491.154,39	124.451,99
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	436.863,04
	491.154,39	561.315,03
II. Sachanlagen		
1. Bauten auf fremden Grundstücken	217.948,97	279.086,02
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.059.759,91	2.131.689,01
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	9.118,60
	2.277.708,88	2.419.893,63
	2.768.863,27	2.981.208,66
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	26.066,76	26.066,76

Aktiva		
2.	Waren	7.729,38
		1.756,61
		33.796,14
		27.823,37
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
1.	Forderungen aus dem Spielgeschäft	362.643,69
		102.877,66
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	112.743,79
		213,91
		475.387,48
		103.091,57
III.	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	
		26.189.224,94
		22.807.055,41
		26.698.408,56
		22.937.970,35
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	
		66.567,60
		31.686,60
		29.533.839,43
		25.950.865,61
Passiva		
		31.12.2023
		Vorjahr
		EUR
		EUR
A.	Eigenkapital	
I.	Kapitalanteil des Kommanditisten	
		2.556.459,41
		2.556.459,41
II.	Rücklagen	
		19.174.452,30
		11.308.286,73
III.	Gewinnvortrag	
		0,00
		4.205.559,09
IV.	Jahresfehlbetrag (Vorjahr: Jahresüberschuss)	
		-1.754.046,16
		6.160.606,48
		19.976.865,55
		24.230.911,71
B.	Rückstellungen	
1.	Steuerrückstellungen	7.557.426,49
		0,00
2.	Sonstige Rückstellungen	713.250,38
		744.657,52
		8.270.676,87
		744.657,52
C.	Verbindlichkeiten	
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	374.602,83
		111.438,58
2.	Verbindlichkeiten aus dem Spielgeschäft	104.897,83
		93.955,46
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	806.796,35
		769.902,34
	davon aus Steuern: EUR 708.074,67	
	(Vorjahr: EUR 669.301,66)	
	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 9.986,12	
	(Vorjahr: EUR 7.548,53)	
		1.286.297,01
		975.296,38

Passiva		
	29.533.839,43	25.950.865,61

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	22.618.439,57	13.307.405,77
2. Sonstige betriebliche Erträge	180.669,37	152.789,97
3. Aufwendungen aus dem Spielgeschäft	7.003.455,66	0,00
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	35.959,08	68.479,26
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.248.960,57	1.861.018,98
b) Soziale Abgaben	430.151,73	361.622,85
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	818.746,02	719.808,19
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.725.616,33	4.244.629,51
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	270.953,64	96,48
davon aus Abzinsung: EUR 611,16 (Vorjahr: EUR 96,48)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	995,40	43.737,95
davon aus Aufzinsung: EUR 44,52 (Vorjahr: EUR 870,17)		
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	7.559.624,40	0,00
11. Ergebnis nach Steuern	-1.753.446,61	6.160.995,48
12. Sonstige Steuern	599,55	389,00
13. Jahresfehlbetrag (Vorjahr: Jahresüberschuss)	-1.754.046,16	6.160.606,48

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss



Der Jahresabschluss der Sächsischen Spielbanken-GmbH & Co. KG umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023. Er wurde nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer mittelgroßen Personenhandelsgesellschaft auf. Nach den Vorschriften des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Den Besonderheiten des Spielgeschäftes wurde bei der Bezeichnung einzelner Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 Abs. 6 HGB Rechnung getragen.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften wurden unter der Voraussetzung der Unternehmensfortführung angewandt.

1. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige monatsbezogene lineare Abschreibungen, angesetzt. Der Abschreibungszeitraum beträgt drei bis sieben Jahre, entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen nach den steuerlichen Abschreibungsregeln bzw. der betriebsbedingten Nutzungsdauer, angesetzt. Für Bauten auf fremden Grundstücken beträgt die Abschreibungsdauer sieben bis 20 Jahre und für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis 23 Jahre.

Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ab dem Geschäftsjahr 2008 bis zum Geschäftsjahr 2019 vereinfachend gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet und linear mit 20 % pro Kalenderjahr aufwandswirksam erfasst.

Ab dem Geschäftsjahr 2020 werden geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 800,00 EUR gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben.

2. Umlaufvermögen

Die Vorräte werden mit den Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die Forderungen aus dem Spielgeschäft und die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken wurden durch Einzelwertberichtigungen ausreichend berücksichtigt.

Liquide Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

3. Eigenkapital

Der Kapitalanteil des Kommanditisten ist zum Nennwert angesetzt.

4. Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB.

Allen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden künftige Preis-, Gehalts- und Kostenänderungen eingerechnet und mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

5. Verbindlichkeiten



Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

C. Erläuterungen zum Jahresabschluss

I. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die einzelnen Anlagepositionen sind im Anlagenspiegel in der Anlage zum Anhang dargestellt.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus dem Spielgeschäft betreffen im Berichtsjahr Forderungen gegen das Finanzamt in Höhe von insgesamt 363 TEUR.

Alle Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

3. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Vom Bestand der Guthaben bei Kreditinstituten (26.189 TEUR) sind 5.000 TEUR als Sicherheit für eine seitens eines Kreditinstituts ausgereichte Bürgschaft verpfändet. Diese Bürgschaft dient der Sicherstellung aller Auszahlungsansprüche der Spieler und zur Sicherung von staatlichen Zahlungsansprüchen nach § 4c Abs. 3 GlüStV 2021 gegen die SSG.

4. Eigenkapital

Die im Handelsregister eingetragene Haftsumme beläuft sich auf 5.000.000,00 DM (2.556.459,41 EUR).

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 25. August 2023 wurden aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von 6.160.606,48 EUR ein Anteil in Höhe von 2.500.000,00 EUR an den Kommanditisten ausgeschüttet und der verbleibende Anteil in Höhe von 3.660.606,48 EUR in die Rücklagen eingestellt. Zudem wurde der im Geschäftsjahr 2021 gebildete Gewinnvortrag in Höhe von 4.205.559,09 EUR den Rücklagen zugeführt.

Die Entwicklung des Bilanzverlustes (Vorjahr: Bilanzgewinn) stellt sich wie folgt dar:

	EUR
Stand zum 1. Januar 2023	10.366.165,57
Entnahme des Gesellschafters	-2.500.000,00
Zuführung Rücklagen	-7.866.165,57
Jahresfehlbetrag	-1.754.046,16
Stand zum 31. Dezember 2023	-1.754.046,16

5. Sonstige Rückstellungen



In den sonstigen Rückstellungen sind laufende Personalverpflichtungen in Höhe von 291 TEUR, Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen in Höhe von 268 TEUR sowie Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen aus Mietverträgen in Höhe von 99 TEUR enthalten.

Die in den Rückstellungen für lfd. Personalverpflichtungen enthaltenen Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 52 TEUR wurden auf der Basis der vertraglich zugesagten - noch erreichbaren - Jubiläumsentgelte je Arbeitnehmer abgezinst auf den Bilanzstichtag angesetzt.

Die Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen wurden unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen und Abzinsungen angesammelt. Die erwarteten Kostensteigerungen von 2 % p.a. wurden für alle zukünftigen Jahre geschätzt.

6. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben - wie im Vorjahr - eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten aus dem Spielgeschäft in Höhe von 105 TEUR betreffen im Wesentlichen die zum Bilanzstichtag bestehende Verbindlichkeit aus Jackpotbeständen der einzelnen Spielbanken in Höhe von 79 TEUR.

II. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen mit 15.281 TEUR den Betrieb von Spielbanken und mit 7.337 TEUR den Online-Spielbetrieb (virtuelles Automatenspiel). Die Umsatzerlöse aus dem Betrieb von Spielbanken entfallen im Einzelnen auf den Bruttospielertrag, die Zuwendungen (Tronc), die sonstigen Umsatzerlöse (Einnahmen aus Indoor-Geldautomaten sowie Mieten und Pachten), abzüglich Umsatzschmälerungen durch direkt mit dem Umsatz verbundene Steuern u.ä. Die Umsätze aus dem Online-Spielbetrieb bestehen aus den Spieleinsätzen, die durch die virtuelle Automatensteuer vermindert werden. Im Geschäftsjahr 2023 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 22.618 TEUR vereinnahmt. Sämtliche Umsätze wurden im Inland erzielt.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Überleitung des bereinigten Bruttospielertrages auf die Umsatzerlöse aus dem terrestrischen Spielbetrieb sowie die Überleitung von den Spieleinsätzen im virtuellen Automatenspiel zu den Umsatzerlösen aus dem Online-Spielbetrieb in TEUR dar:

	2023	2022
	TEUR	TEUR
Bereinigter Bruttospielertrag	21.427	18.366
Zuwendungen (Tronc)	353	367
Sonstige Umsatzerlöse	92	74
Umsatzschmälerungen (insb. Spielbankabgabe)	-6.591	-5.500
Umsatzerlöse terrestrischer Spielbetrieb	15.281	13.307
Spieleinsätze virtuelles Automatenspiel	7.726	0
Virtuelle Automatensteuer	-389	0
Umsatzerlöse Online-Spielbetrieb	7.337	0
Umsatzerlöse	22.618	13.307

2. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 82 TEUR enthalten.



3. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten mit 41 TEUR periodenfremde Aufwendungen.

4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag enthalten die ab dem Jahr 2023 gemäß § 13 Sächsische Spielbankengesetz (SächsSpielbG) abzuführende Abgabe an den Freistaat Sachsen auf den Gewinn der terrestrischen Spielbanken in Höhe von 7.557 TEUR.

III. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen von insgesamt 5.423 TEUR beruhen hauptsächlich auf Mietverträgen inkl. Nebenkosten in Höhe von 2.768 TEUR, dem Bestellobligo in Höhe von 1.486 TEUR und auf dem Dienstleistungsvertrag mit der Sächsischen Lotto GmbH in Höhe von 418 TEUR.

Die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen belaufen sich

- für das Folgejahr auf 2.405 TEUR
- länger als Folgejahr bis fünf Jahre auf 3.018 TEUR.

Die Bewertung unbefristeter finanzieller Verpflichtungen erfolgt für die Laufzeit bis zur frühestmöglichen Kündigung.

2. Abschlussprüferhonorare

Das im Jahresabschluss enthaltene Gesamthonorar für unseren Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 beträgt 15 TEUR und entfällt vollständig auf Abschlussprüfungsleistungen.

3. Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Durchschnitt des Geschäftsjahres 43 Angestellte (Vorjahr: 36 Angestellte).

4. Kommanditist

Kommanditist der Sächsischen Spielbanken-GmbH & Co. KG, Leipzig, ist der Freistaat Sachsen, der über die gesellschaftsvertragliche Regelung mit 100 % am Vermögen und Ergebnis der Gesellschaft beteiligt ist.

5. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird durch die Komplementärin, die Sächsische Spielbankenbeteiligungs-GmbH, Leipzig, ausgeübt. Diese wurde im Geschäftsjahr durch Herrn Frank Schwarz, Dresden, Informatiker und Betriebswissenschaftler, vertreten.

Des Weiteren ist Herr Benjamin Bode, Leipzig, durch Einzelprokura vertretungsberechtigt.



Die Geschäftsführung hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bezüge von der SSG erhalten.

Das gezeichnete Kapital der Komplementärin beträgt 50.000,00 DM (25.564,59 EUR).

6. Aufsichtsrat

Vorsitzender

- Herr Hansjörg König, Geschäftsführer der Stiftung zur Förderung der Hochschulmedizin, Dresden

Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates

- Frau Jutta Hartung, Juristin im Ruhestand, Seevetal

Weitere Mitglieder

- Frau Kerstin Schultheiß, Geschäftsführerin der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig
- Herr Prof. Jens-Ole Schröder, Juristischer Direktor des Mitteldeutscher Rundfunk (MDR), Leipzig

Im Geschäftsjahr 2023 belief sich die Vergütung des Aufsichtsrates auf 2 TEUR.

7. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Berichtszeitraumes sind keine Vorgänge eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

8. Ergebnisverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag 2023 in Höhe von 1.754.046,16 EUR mit den Rücklagen zu verrechnen.

Leipzig, den 17. Mai 2024

Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG

Sächsische Spielbankenbeteiligungs-GmbH, Leipzig

vertreten durch den Geschäftsführer Frank Schwarz

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

Anschaffungs- und Herstellungskosten						
		Stand am	Stand am			
		01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2023
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände					
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.500.171,41	76.587,74	0,00	436.863,04	2.013.622,19
2.	Geleistete Anzahlungen	436.863,04	0,00	0,00	-436.863,04	0,00
		1.937.034,45	76.587,74	0,00	0,00	2.013.622,19
II.	Sachanlagen					
1.	Bauten auf fremden Grundstücken	1.147.645,72	11.554,98	0,00	0,00	1.159.200,70
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.519.783,51	518.257,91	6.669,82	9.118,60	9.040.490,20
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.118,60	0,00	0,00	-9.118,60	0,00
		9.676.547,83	529.812,89	6.669,82	0,00	10.199.690,90
		11.613.582,28	606.400,63	6.669,82	0,00	12.213.313,09
kumulierte Abschreibungen						
		Stand am	Stand am			
		01.01.2023	Zugänge	Abgänge	31.12.2023	
		EUR	EUR	EUR	EUR	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände					
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.375.719,42	146.748,38	0,00	1.522.467,80	
2.	Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
		1.375.719,42	146.748,38	0,00	1.522.467,80	
II.	Sachanlagen					
1.	Bauten auf fremden Grundstücken	868.559,70	72.692,03	0,00	941.251,73	
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.388.094,50	599.305,61	6.669,82	6.980.730,29	
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	
		7.256.654,20	671.997,64	6.669,82	7.921.982,02	



			kumulierte Abschreibungen
			8.632.373,62
			818.746,02
			6.669,82
			9.444.449,82
			Buchwerte
			Stand am
			31.12.2023
			31.12.2022
			EUR
			EUR
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		
		491.154,39	124.451,99
2.	Geleistete Anzahlungen		
		0,00	436.863,04
		491.154,39	561.315,03
II.	Sachanlagen		
1.	Bauten auf fremden Grundstücken		
		217.948,97	279.086,02
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
		2.059.759,91	2.131.689,01
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		
		0,00	9.118,60
		2.277.708,88	2.419.893,63
		2.768.863,27	2.981.208,66

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG, Leipzig

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG, Leipzig, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sächsische Spielbanken-GmbH & Co. KG, Leipzig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften und Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.



Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften und Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren.



Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen des Unternehmens bzw. von dessen Teilbereichen ein, um Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchführung der Jahresabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 17. Mai 2024

Deloitte GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Thomas Drüppel, Wirtschaftsprüfer

Oliver Schrader, Wirtschaftsprüfer

Feststellung des Jahresabschlusses

Die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 erfolgte am 5. August 2024.

Der Jahresfehlbetrag 2023 in Höhe von 1.754.046,16 EUR wird auf Grundlage des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 5. August 2024 mit den Rücklagen verrechnet.